

An alle Mitgliedsorganisationen

Rundschreiben Nr. 1/24 – März 2024

Dieses Rundschreiben beginnt mit der traurigen Pflicht, noch einmal an unser verstorbenes Präsidiumsmitglied Dr. Elke Vietor zu erinnern. Sie ist am 30. Januar dieses Jahres für uns alle völlig überraschend verstorben. Elke Vietor war seit 2017 Präsidiumsmitglied und hat bereits lange vorher eine wichtige Funktion für uns als unsere Ausbildungsbeauftragte wahrgenommen. Sie war für unsere Assistenzberufe das Bindeglied zwischen Schule, Berufsschule und Ausbildungsbetrieben. Sie hat eine große Lücke hinterlassen, nicht nur fachlich sondern auch menschlich, die es jetzt auszufüllen gilt.

I. Allgemeine politische Lage

Im Februar hat das Bundeskabinett den Jahreswirtschaftsbericht mit dem Titel „Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig stärken“ beschlossen. Dieser enthält insbesondere Ausführungen zu den wirtschafts- und finanzpolitischen Schwerpunkten der Bundesregierung. Für 2024 erwartet die Regierung eine leichte Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 0,2 % gegenüber dem Vorjahr. Die Prognose für das Verbraucherpreisniveau liegt bei plus 2,8 %. Unter der Überschrift „Wohlfahrtsmessung“ wird anhand von Wohlfahrts-, Gerechtigkeits- und Nachhaltigkeitsindikatoren dargestellt, wie sich die gesellschaftliche Wohlfahrt jenseits des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland entwickelt hat. Der Jahreswirtschaftsbericht war auch Gegenstand einer Diskussion des BFB mit dem Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. BFB-Vizepräsident Dr. Stephan Hofmeister und BFB-Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki warben für den Erhalt der mittelständischen Strukturen der Daseinsvorsorge und wiesen auf die Freien Berufe als tragende Säule des Mittelstandes hin.

Aus der jüngsten Freiberuflerstatistik geht hervor, dass die Freien Berufe die Sechs-Millionen-Marke bei der Erwerbstätigkeit überschritten haben. 4,2 Millionen, somit rund jeder Achte Arbeitnehmer ist bei einem Freiberufler, einer Freiberuflerin beschäftigt. Die Zahl der selbständigen Freiberufler/innen betrug zum Jahresbeginn 2023 rund 1,47 Millionen.

Zwischen dem 1. Oktober 2022 und dem 30. September 2023 wurden den Kammern der Freien Berufe 46.426 neue Ausbildungsverträge gemeldet. Dies bedeutet ein Minus von 2,8 % gegenüber dem Vorjahr. Wie das Bundesinstitut für Berufsbildung im Januar mitteilte, ist der Beruf der medizinischen Fachangestellten der zweitbeliebteste Ausbildungsberuf bei Frauen. Auf Platz 3 folgt die zahnmedizinische Fachangestellte. Auf dem 10. Platz steht der Beruf der Steuerfachangestellten; die tiermedizinische Fachangestellte belegt Platz 13 und die Rechtsanwaltsfachangestellte Platz 18. Die Ausbildungsberufe im Bereich der Freien Berufe rangieren somit in der Beliebtheitsskala bei Frauen ganz oben.

Der allgemeine Fachkräftemangel spiegelt sich auch in der BFB-Konjunkturumfrage Winter 2023 wider. BFB-Präsident Friedemann Schmidt stellte eine Fachkräftelücke von rund 263.000 offenen Stellen im freiberuflichen Bereich fest. Ein hohes Kostenniveau, ein kritisches Marktumfeld und auch eine steigende Gesamtzahl von Insolvenzen, sowie die innenpolitischen Unwägbarkeiten dämpfen nach Auffassung Schmidts die Zuversicht der Freiberuflerinnen und Freiberuflern. Der Fachkräftemangel sei bis tief in die Praxen, Kanzleien, Büros und Apotheken vorgedrungen. Auch wenn die Freiberuflerinnen und Freiberufler sich mit steigender Arbeitsbelastung gegen den Trend stemmen, müssen rund zwei Drittel der Befragten Aufträge, Behandlungen, Mandate etc. ablehnen. Die Pressemitteilung des BFB zur Konjunkturumfrage Winter 2023 und das aktuelle Faktenblatt über die Aufgabe und Struktur des BFB haben wir Ihnen als **Anlage** beigefügt.

Das Jobportal des BFB, www.freieberufe-jobportal.de, das im Mai 2022 insbesondere für ukrainische Geflüchtete ins Leben gerufen wurde, ist im Juni 2023 in Kooperation mit dem Bundesverband Deutscher Unternehmensberatung zu einem allgemeinem Jobportal für die Freien Berufe erweitert worden. Es bietet jetzt, speziell und exklusiv als Jobportal für die Freien Berufe, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern die Möglichkeit, dort kostenfrei, schnell und direkt offene Stellen, darunter Vollzeit-, Teilzeitjobs sowie Ausbildungs- und Praktikumsplätze zu inserieren.

II. Europa

Am 9. Juni findet die Europawahl in Deutschland statt. Wir wissen leider aus Erfahrung, dass die Europawahl nicht für jeden erste Priorität hat. Da wir aber in Europa eine zunehmende Tendenz von politischen Strömungen beobachten müssen, die die Werte unserer Freiberuflichkeit gefährden, hat sich das Präsidium entschlossen, einen Aufruf zur Europawahl zu

veröffentlichen. Diesen haben wir Ihnen als **Anlage** beigefügt; Sie finden ihn auch auf unserer Homepage.

Der BFB hat mit den folgenden Kurzpositionen zur Wahl zum Europäischen Parlament 2024 einen Forderungskatalog an die künftigen Mitglieder des Europäischen Parlaments aufgestellt, welchen wir Ihnen als **Anlage** beigefügt haben.

1. Verbraucherschutz:

Die hohe Qualität der freiberuflichen Dienstleistung ist kein Selbstzweck, sondern wird notwendig durch die Wissensasymmetrie zwischen Dienstleistungserbringer und Dienstleistungsempfänger. Jeder Dienstleistungsempfänger muss sich darauf verlassen können, dass Freiberufler und Freiberuflerinnen ihr Geschäft verstehen; das lässt sich nur dadurch gewährleisten, dass der Berufszugang und die Berufsausübung streng reglementiert ist. Unter diesem Aspekt muss auch vom künftigen Europäischen Parlament gefordert werden, dass die Fortentwicklung des Binnenmarktes an den qualitätsbasierten Regularien, die für Freie Berufe gelten, orientiert wird.

2. Überbordende Bürokratie:

Auf der anderen Seite muss eine überbordende Bürokratie dauerhaft abgebaut werden. Staatliche bürokratische Aufgaben, welche in ihrer Zielsetzung bereits durch das System der Selbstverwaltung, sprich durch die Tätigkeit der Kammern, abgedeckt sind, stellen nicht nur eine unnütze sondern ungerechtfertigte Belastung dar. Vom Europäischen Parlament wird gefordert, den Mehrwert der eigenfinanzierten Selbstverwaltung durch Kammern zu stärken und zu erhalten.

3. Datenschutz und Berufsgeheimnis:

Daten sind der Rohstoff der Zukunft. Wie bei jedem Rohstoff muss mit ihm sorgsam und nachhaltig umgegangen werden. Daten bilden darüber hinaus die Grundlage für die Entwicklung und Nutzung von zukünftigen Technologien, insbesondere der KI. Von den zukünftigen Parlamentariern muss gefordert werden, sich für Datensicherheit auch weiter einzusetzen, das Berufsgeheimnis auch im digitalen Wandel zu schützen und das informationelle Selbstbestimmungsrecht der EU-Bürgerinnen und -Bürgern zu wahren.

4. Transformation:

Die Freien Berufe tragen maßgeblich zu einer wettbewerbsfähigen, klimaneutralen, kreislauforientierten und nachhaltigen EU-Wirtschaft bei. Die Freien Berufe sind ein wesentlicher Teil der Lösung bei der Umsetzung

des Green Deals in Europa. Die künftigen Europaparlamentarier werden gebeten, die Leistungen der Freien Berufe in diesem Bereich und insbesondere die zusätzlich erworbenen Qualifikationen entsprechend anzuerkennen und Maßnahmen zum Klimaschutz so auszugestalten, dass sie für die Freien Berufe ohne vermehrte bürokratischen Hürden umsetzbar sind.

Am 13. März haben die Abgeordneten des derzeitigen Europäischen Parlaments das Gesetz über die Künstliche Intelligenz angenommen. Ziel der Verordnung ist es, vertrauenswürdige KI in Europa zu fördern, indem sichergestellt wird, dass KI-Systeme die Grundrechte, die Sicherheit und die ethischen Grundsätze beachten und etwaige Risiken minimiert werden. Künstliche Intelligenz ist geeignet, Teilprozesse der freiberuflichen Dienstleistung zu erbringen. Hierbei gilt es jedoch, dass für eine freiberufliche Dienstleistung die Unabhängigkeit und Eigenverantwortlichkeit zu beachten ist; die von der Künstlichen Intelligenz erbrachten Teilprozesse müssen diesen Voraussetzungen genügen. Die Annahme des Gesetzes über die Künstliche Intelligenz ist deshalb grundsätzlich zu begrüßen. Dadurch soll gewährleistet werden, dass KI-Systeme mit einem hohen Risiko strengen Anforderungen genügen müssen durch hohe Qualität der Datensätze, der Protokollierung von Aktivitäten, einer ausführlichen Dokumentation, klaren Benutzerinformationen, menschliche Aufsicht und ein hohes Maß an Cybersicherheit. Hochrisiko-KI-Systeme bergen erhebliche Gefahren für die Gesundheit, Sicherheit, Grundrechte, die Umwelt, die Demokratie und den Rechtsstaat. Insofern sind die dafür verankerten Vorschriften zur menschlichen Aufsicht unerlässlich. Die letzte Entscheidung muss immer bei einem Freiberufler oder einer Freiberuflerin verbleiben. Auch eine ausnahmslos vorgesehene Eingriffs- und Abbruchmöglichkeit bei KI-Hochsicherheitssystemen muss immer erhalten bleiben. Als Hochsicherheits-KI-Systeme sind insbesondere im Bereich der Rechtspflege die Ermittlungen, Auslegungen von Sachverhalten bei Justizbehörden zu nennen, sowie die Strafverfolgung und im Gesundheitsbereich die Priorisierung, z.B. beim Rettungsdienst, die sog. Triagierung.

In dieser sich wandelnden Welt sind die Freien Berufe nicht nur ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, sondern auch ein gesellschaftspolitischer Stabilitätsanker. Diese zentrale Position ist einer kompromisslosen Qualitätsorientierung zu verdanken, die es gilt, durch Aufrechterhaltung innerstaatlicher Regulierungssysteme zu verteidigen, ohne dabei eine Überregulierung aus dem Auge zu verlieren.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'K. Hahne', is positioned below the closing text.

Dr. iur. Karin Hahne
-Präsidentin-

Berlin, 16. Januar 2024

Pressemitteilung

Ergebnisse der BFB-Konjunkturumfrage Winter 2023

Schmidt: „Fachkräftelücke von rund 263.000 offenen Stellen“

- Knapp jede zweite Freiberuflerin, jeder zweite Freiberufler hat unbesetzte Stellen
- Überlastung durch fehlendes Personal verschärft sich
- Administrativer Aufwand kostet 27 Prozent der wöchentlichen Arbeitszeit
- Fast die Hälfte befürchtet, nur noch ein Jahr durchhalten zu können

„Ein hohes Kostenniveau, ein kritisches Marktumfeld auch aufgrund der steigenden Gesamtzahl von Insolvenzen sowie innenpolitische Unwägbarkeiten dämpfen die Zuversicht der Freiberuflerinnen und Freiberufler. Überdies arbeiten mehr und mehr von ihnen gemeinsam mit ihren Teams über Anschlag“, so BFB-Präsident Friedemann Schmidt zur aktuellen BFB-Konjunkturumfrage. Betroffen ist derzeit fast jede zweite Freiberuflerin, jeder zweite Freiberufler. Im Vorwinter war es rund jede, jeder Dritte. Weiterhin schätzt nur rund jede, jeder dritte Befragte ihre, seine aktuelle Geschäftslage als gut ein. „Und nicht einmal jede, jeder Zehnte erwartet im kommenden Halbjahr eine günstigere Entwicklung. Selbst dieser im Vorjahresvergleich leicht zuversichtlichere Ausblick ist mit Unsicherheiten behaftet, was sich am Geschäftsklima ablesen lässt“, so der BFB-Präsident.

Und er sagt gerade mit Blick auf den Sonderteil zum Fachkräftemangel weiter: „Der Fachkräftemangel ist bis tief in die Praxen, Kanzleien, Büros und Apotheken vorgedrungen. Die Mangelercheinungen gewinnen mehr und mehr an Wucht. Im Großen, da die Freien Berufe ihre Potenziale für die Zukunftsaufgabe und mithin auch für das Wirtschaftswachstum nicht entfalten können. Aber auch im persönlichen Vertrauensraum mit Patientin, Mandant, Klientin und Kunde. Auch wenn sich die Freiberuflerinnen und Freiberufler gemeinsam mit ihren Teams – oft auch weit über Anschlag – und bei steigender Arbeitsbelastung gegen den Trend stemmen, mussten gut zwei Drittel der Befragten Aufträge, Behandlungen, Mandate etc. bereits ablehnen. Mehr als jede, jeder Vierte der Befragten erwartet, das vertraute Spektrum höchstens noch ein Jahr erbringen zu können.

Aus Sicht der Befragten muss politisch insbesondere gegengesteuert werden, indem in den freiberuflichen Praxen, Kanzleien, Büros und Apotheken gerade die Ressource Zeit geschont wird, um davon eben mehr für Patientinnen, Mandanten, Klientinnen und Kunden zu haben. Im Schnitt wenden die Befragten 27 Prozent ihrer Wochenarbeitszeit für bürokratische Tätigkeiten auf, die nicht zu den Kernaspekten ihrer freiberuflichen Tätigkeit zählen. Mehrheitlich sprechen sie sich zudem dafür aus, die schulische Berufsorientierung zu stärken und eine bessere schulische Qualifikation zu fördern, um junge Menschen gemäß ihren Talenten auf ihrem Weg in die Berufs- und Arbeitswelt zu begleiten.

In Summe fehlen den Freien Berufen rund 160.000 Fachkräfte, 53.000 angestellte Berufsträgerinnen und Berufsträger sowie 50.200 Auszubildende. Das sind in Summe rund 263.200. Eine enorme Fachkräftelücke bemessen an den insgesamt rund 4,6 Millionen Beschäftigten in freiberuflichen Teams. Der letztverfügbare Wert aus dem Herbst 2022 lag bei 340.000. Im Vergleich hat sich die Situation bei den Auszubildenden nochmals verschärft. Bei den Berufsträgerinnen und Berufsträgern sowie Fachkräften hat sich die Lage etwas verbessert, was sich auch in der jüngsten [Freiberufler-Statistik](#) widerspiegelt, die ein merkliches Plus bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ausweist.

Der Blick auf die einzelnen Beschäftigtengruppen zeigt, dass der Bedarf gerade in den Kernbereichen der freiberuflichen Vertrauensdienstleistungen und damit beim direkten Kontakt zu Patientinnen, Mandanten, Klientinnen und Kunden besorgniserregend hoch ist. Das legt den Schluss nahe, dass die Freiberuflerinnen und Freiberufler mit ihrer Rekrutierungsstrategie hierauf einen Schwerpunkt legen – was auch unsere [Freiberufler-Statistik](#) zeigt.

Allerdings wird sich das Vakuum noch ausweiten. Jede, jeder Vierte der Befragten rechnet damit, auch 2024 noch mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu brauchen. Allerdings befürchten fast zwei Drittel der Befragten große bis sehr große Schwierigkeiten. Die führen auch dazu, dass es immer länger dauert, bis eine Kandidatin, ein Kandidat eingestellt werden kann. Durchschnittlich dauert die Personalsuche bei den Freien Berufen derzeit zehn Monate und wird sich weiter erschweren: Diejenigen, die immer noch nach Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern suchen, gehen davon aus, dass sie durchschnittlich 15 Monate suchen werden. Betrieblicher Bedarf und dessen Deckung fallen also immer weiter auseinander. Gleichzeitig nimmt so die Belastung auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter zu, was die Wahrscheinlichkeit für Personalausfälle oder gar Austritte erhöht.“

Aktuelle Geschäftslage

Ihre aktuelle Geschäftslage schätzen 38,1 Prozent der befragten Freiberuflerinnen und Freiberufler als gut ein, 43,6 Prozent als befriedigend und 18,3 Prozent als schlecht. Verglichen mit den Vorjahreswerten verbessert sich die Stimmung leicht: Im Winter 2022 beurteilten 37,7 Prozent der Befragten ihre Lage als gut, 40,9 Prozent als befriedigend und 21,4 Prozent als schlecht.

Drei von vier Freiberufler-Gruppen bewerten ihre aktuelle Lage etwas besser als im Vorwinter. Die rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Freien Berufe sind noch am zuversichtlichsten, gefolgt von den technisch-naturwissenschaftlichen Freien Berufen und den freien Kulturberufen. Die Freien Heilberufe bewerten ihre aktuelle Lage schlechter.

Sechsmonatsprognose

9,5 Prozent erwarten eine günstigere Entwicklung, 52,5 Prozent einen gleichbleibenden und 38 Prozent einen ungünstigeren Verlauf. Auch hier verändern sich die Werte gegenüber dem Vorwinter leicht ins Positive. 7,1 Prozent rechneten seinerzeit mit einer günstigeren, 47,1 Prozent mit einer gleichbleibenden und 45,8 Prozent mit einer ungünstigeren Entwicklung. Da aktuell deutlich mehr Freiberuflerinnen und Freiberufler einen ungünstigeren als einen günstigeren Verlauf befürchten, ergibt sich eine negative Geschäftserwartung.

Alle vier Freiberufler-Gruppen sind zuversichtlicher als im Vorwinter: Freie Heilberufe und technisch-naturwissenschaftliche Freiberufler sind dabei am kritischsten. Die rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden und die freien Kulturberufe sind vergleichsweise zuversichtlicher.

Personalplanung

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Anteil derer, die davon ausgehen, innerhalb der nächsten zwei Jahre mehr Beschäftigte in ihrem Unternehmen zu haben, um 5,3 Prozentpunkte auf 17,1 Prozent erhöht. Gleichzeitig ist der Anteil derer, die damit rechnen, weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beschäftigen, nochmals um 6,1 Prozentpunkte auf 27,5 Prozent geklettert. Mit einem gleichbleibenden Mitarbeiterstamm rechnen 55,4 Prozent der Befragten.

Konjunkturbarometer

Die aktuelle Geschäftslage wird von den Freien Berufen deutlich besser bewertet, als dies gesamtwirtschaftlich der Fall ist. Allerdings sind die Geschäftserwartungen der Freien Berufe

gleichermaßen negativ, wie es auch die Gesamtwirtschaft abbildet. Hieraus resultiert auch für die Freien Berufe ein leicht negatives Geschäftsklima.

Aktuelle Auslastung der Kapazitäten

Für 47,8 Prozent der Befragten sind ihre Kapazitäten bereits überschritten. Im Vorwinter lag der Wert bei 35,1 Prozent. 36,8 Prozent sind zu mehr als 75 Prozent bis zu 100 Prozent ausgelastet, 10,1 Prozent zu mehr als 50 Prozent bis zu 75 Prozent, 3,5 Prozent zu mehr als einem Viertel bis zur Hälfte und 1,8 Prozent bis zu einem Viertel. Bei 56,7 Prozent von denjenigen, die überausgelastet sind, sind die Kapazitäten bis zu einem Viertel überschritten, bei 33,3 Prozent um mehr als 25 bis 50 Prozent, bei zehn Prozent um mehr als die Hälfte.

Perspektivische Auslastung

14,3 Prozent der Befragten erwarten binnen der kommenden sechs Monate eine Überauslastung und 18,2 Prozent innerhalb der nächsten zwei Jahre. Diese Werte lagen im Winter 2022 noch bei 10,2 und 13,8 Prozent.

Gründe für Überauslastung

Für 64,2 Prozent ist der zentrale Grund der Überauslastung das Problem, zusätzliche Fachkräfte zu finden. Mit 58,5 Prozent ist der am zweithäufigsten genannte Grund eine zu hohe Nachfrage. 26,9 Prozent der Befragten geben zudem an, auch kein zusätzliches Personal, beispielsweise für das Sekretariat, zu finden.

Hier zeigt sich zudem, dass die zu hohe Nachfrage, die seit Jahren die Top 3 der Gründe für die Überauslastung anführt, zum ersten Mal durch einen anderen Aspekt – die Probleme, Fachkräfte zu finden – abgelöst wurde. Dies betont den Fachkräftemangel als zentralen limitierenden Faktor der freiberuflichen Tätigkeit.

Stellenbesetzungsprobleme

Hiernach gefragt geben 85,2 Prozent an, dass schlichtweg Bewerberinnen und Bewerber fehlen. Andere Gründe, wie zu geringe oder nicht passende Qualifikation oder eine unterschiedliche Lohnvorstellung, werden dabei mit Abstand seltener als Problem angesehen.

Sonderthema Fachkräftemangel

Unbesetzte Stellen

Knapp jede zweite Freiberuflerin, jeder zweite Freiberufler hat unbesetzte Stellen (46,8 Prozent), 53,2 Prozent nicht. Besonders hoch ist der Bedarf der freien Heilberufe, mit Abstand folgen die rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden und die technisch-naturwissenschaftlichen Freiberuflerinnen und Freiberufler, weniger betroffen sind die freien Kulturberufe. Der Bedarf steigt überdies mit zunehmender Unternehmensgröße an.

Fachkräftelücke

Mit 57,8 Prozent haben mehr als die Hälfte der Befragten bis zu eine offene Stelle. Etwa ein Viertel hat ein bis zwei vakante Positionen und weitere knapp elf Prozent zwischen zwei und fünf offene Posten zu besetzen. Mit 5,4 Prozent ist der Anteil derer, die mehr als fünf unbesetzte Stellen zu verzeichnen haben, eher gering.

Aktueller Bedarf nach Beschäftigtengruppen

Gefragt nach den einzelnen Beschäftigtengruppen geben 68 Prozent der Befragten an, dass ihnen speziell freiberufliche angestellte Fachkräfte fehlen, 47,3 Prozent sehen dies mit Blick auf die bei ihnen anzustellenden Freiberuflerinnen und Freiberufler, 35,4 Prozent bei Auszubildenden und 32,4 Prozent bei sonstigen angestellten Fachkräften.

Geschätzter Bedarf nach Beschäftigtengruppen im Jahr 2024

Von einem weiterhin steigenden Bedarf an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gehen 26,6 Prozent der Befragten aus. 60,1 Prozent der Freiberuflerinnen und Freiberufler rechnen mit einem gleichbleibend hohen Personalbedarf. Mit 13,3 Prozent fällt der Anteil derer, die einen geringeren Bedarf annehmen, kleiner aus.

Betrachtet nach Beschäftigtengruppen ergeben sich steigende Bedarfe gerade im Kernbereich der freiberuflichen Leistung. Für das kommende Jahr erwarten die Befragten keine Entspannung, denn der Bedarf steigt weiter. 36,6 Prozent wollen noch mehr speziell freiberufliche angestellte Fachkräfte und 29,7 Prozent weitere Freiberuflerinnen und Freiberufler einstellen. Mit Blick auf sonstige Fachkräfte geben dies 20,4 Prozent und in Bezug auf Auszubildende 19,5 Prozent an.

Bewertung Personalsuche 2023

2023 hatten 90,5 Prozent große bis sehr große Schwierigkeiten, Personal zu finden. Im Vergleich zu 2022 war es für 49,8 Prozent schwieriger, für 47 Prozent machte es keinen Unterschied, einfacher fanden es 3,2 Prozent.

Schwierigkeiten, Bedarf 2024 zu decken

Insgesamt rechnen mit rund 61 Prozent mehr als die Hälfte der Befragten damit, dass die Deckung des Personalbedarfs mit großen bis sehr großen Schwierigkeiten einhergehen wird. Nur 21 Prozent sehen hier keine und knapp 18 Prozent eher geringe Schwierigkeiten auf sich zukommen.

So erwarten rund 74 Prozent der Befragten große bis sehr große Schwierigkeiten bei ihrer Suche nach angestellten speziell freiberuflichen Fachkräften, bei angestellten Berufsträgerinnen und Berufsträgern erwarten dies 62,5 Prozent, bei Auszubildenden 58,2 Prozent und bei sonstigen Fachkräften 51 Prozent.

Dauer der Suche nach Personal – Rückblick

Im Mittel gaben die Befragten an, dass sie zehn Monate gesucht hätten, bevor eine vakante Stelle besetzt werden konnte. Bis drei Monate gaben 28,9 Prozent an, über drei bis sechs Monate 26,5 Prozent, über sechs bis zwölf Monate 28,9 Prozent, über ein bis zwei Jahre 10,6 Prozent und mehr als zwei Jahre 5,1 Prozent.

Bei angestellten Berufsträgerinnen und Berufsträgern betrug diese Suchdauer im Durchschnitt 14 Monate. Bis drei Monate gaben 21,7 Prozent an, über drei bis sechs Monate 20,4 Prozent, über sechs bis zwölf Monate 33 Prozent, über ein bis zwei Jahre 14,1 Prozent und mehr als zwei Jahre 10,8 Prozent.

Nach angestellten speziell freiberuflichen Fachkräften wurde durchschnittlich zehn Monate gesucht. Bis drei Monate gaben 20,6 Prozent an, über drei bis sechs Monate 28,4 Prozent, über sechs bis zwölf Monate 32,8 Prozent, über ein bis zwei Jahre 12,6 Prozent und mehr als zwei Jahre 5,6 Prozent.

Sonstige Fachkräfte wurden im Durchschnitt binnen sieben Monaten gefunden. Bis drei Monate gaben 45,3 Prozent an, über drei bis sechs Monate 27,6 Prozent, über sechs bis zwölf Monate 20,4 Prozent, über ein bis zwei Jahre 4,7 Prozent und mehr als zwei Jahre zwei Prozent.

Auf der Suche nach Auszubildenden waren die Befragten durchschnittlich neun Monate. Bis drei Monate gaben 27,9 Prozent an, über drei bis sechs Monate 29,7 Prozent, über sechs bis zwölf Monate 29,5 Prozent, über ein bis zwei Jahre 11,1 Prozent und mehr als zwei Jahre 1,8 Prozent.

Dauer der Suche nach Personal– Ausblick

Diejenigen, die immer noch nach Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern suchen, gehen davon aus, dass sie durchschnittlich 15 Monate suchen werden. Bis drei Monate gaben 17 Prozent an, über drei bis sechs Monate 22 Prozent, über sechs bis zwölf Monate 30,3 Prozent, über ein bis zwei Jahre 19,4 Prozent und mehr als zwei Jahre 11,3 Prozent.

Mit Blick auf vakante Stellen gaben die Befragten an, dass sie damit rechnen, im Durchschnitt 19 Monate nach angestellten Berufsträgerinnen und Berufsträgern suchen zu müssen. Bis drei Monate gaben 9,4 Prozent an, über drei bis sechs Monate 15,6 Prozent, über sechs bis zwölf Monate 34,1 Prozent, über ein bis zwei Jahre 20,7 Prozent und mehr als zwei Jahre 20,2 Prozent.

Nach angestellten speziell freiberuflichen Fachkräften befürchten die Befragten im Durchschnitt 16 Monate suchen zu müssen. Bis drei Monate gaben 12,3 Prozent an, über drei bis sechs Monate 18,7 Prozent, über sechs bis zwölf Monate 32,2 Prozent, über ein bis zwei Jahre 23,2 Prozent und mehr als zwei Jahre 13,6 Prozent.

Sonstige Fachkräfte erwarten sie nach durchschnittlich elf Monaten einstellen zu können. Bis drei Monate gaben 25,4 Prozent an, über drei bis sechs Monate 26 Prozent, über sechs bis zwölf Monate 25,9 Prozent, über ein bis zwei Jahre 17,5 Prozent und mehr als zwei Jahre zwei 5,2 Prozent.

Bei Auszubildenden gehen die Befragten von einer Zeitspanne von 14 Monaten aus. Bis drei Monate gaben 14,4 Prozent an, über drei bis sechs Monate 19,2 Prozent, über sechs bis zwölf Monate 40,7 Prozent, über ein bis zwei Jahre 19,2 Prozent und mehr als zwei Jahre 6,5 Prozent.

Besetzungsprobleme

Bei angestellten Berufsträgerinnen und Berufsträgern sind zu wenige Bewerbungen das Hauptproblem, 57,3 Prozent der Befragten gaben dies an, ebenso bei freiberuflichen Fachkräften (53,6 Prozent). Bei angestellten Fachkräften ist fehlende Berufserfahrung das Hauptmanko (34,7 Prozent) und bei Auszubildenden eine mangelnde Ausbildungsreife (58,6 Prozent).

Geforderte Maßnahmen: Top 10

1. Ressourcenverbrauch (z. B. Zeit) durch Bürokratie verringern: 64,8 Prozent
2. Schulische Berufsorientierung stärken: 55,2 Prozent
3. Bessere schulische Qualifikation fördern: 52,9 Prozent
4. Flexible Arbeitszeitmodelle: 42,6 Prozent
5. Arbeit über die Altersgrenze hinaus attraktiver gestalten: 40,9 Prozent
6. Qualifizierte Migration fördern: 40,7 Prozent
7. Förderung von Weiterbildungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: 34,9 Prozent
8. Mobilitätsunterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: 30,9 Prozent
9. Verlängerung der Lebensarbeitszeit: 21,4 Prozent

10. Stärkerer Einsatz digitaler Tools: 20,3 Prozent

Eigene Maßnahmen: Top 10

1. Fort- und Weiterbildung stärken: 55,6 Prozent
2. Annahme von weniger Aufträgen: 50,6 Prozent
3. Teilzeioptionen für Eltern ausbauen: 47,4 Prozent
4. Anpassung der Aufgaben bestehender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Ausgleich unbesetzter Stellen: 42,5 Prozent
5. Mehr Digitalisierung: 39,3 Prozent
6. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezielt fördern: 28,1 Prozent
7. Vermehrter Einsatz von freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: 17,8 Prozent
8. Jugendliche ohne Berufsausbildung qualifizieren: 12,4 Prozent
9. Einsatz Künstlicher Intelligenz: 11,9 Prozent
10. Zeitarbeit: 2,2 Prozent

Wirksamkeit der eigenen Maßnahmen

1. Teilzeioptionen für Eltern ausbauen: 4,18
2. Mehr Digitalisierung: 4,14
3. Annahme von weniger Aufträgen: 4,05
4. Einsatz Künstlicher Intelligenz: 4,02
5. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezielt fördern: 3,9
6. Fort- und Weiterbildung stärken: 3,88
7. Jugendliche ohne Berufsausbildung qualifizieren: 3,81
8. Anpassung der Aufgaben bestehender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Ausgleich unbesetzter Stellen: 3,75
9. Zeitarbeit: 2,75

(Mittelwerte: 5 = sehr wirksam, 4 = eher wirksam, 3 = weder wirksam noch unwirksam, 2 = weniger wirksam, 1 = gar nicht wirksam)

Folgen des Personalmangels

1. Höhere Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: 77,6 Prozent (2022: 76,1 Prozent)
2. Aufträge/Mandate/Patienten mussten abgelehnt werden: 67,9 Prozent (2022: 62,9 Prozent)
3. Dienstleistung kann nur noch eingeschränkt erbracht werden: 45,6 Prozent (2022: 43 Prozent)
4. Projekte etc. mussten verschoben werden: 43,7 Prozent (2022: 42,8 Prozent)
5. Unternehmenswachstum gefährdet: 42,5 Prozent (2022: 48,8 Prozent)
6. Kunden etc. sind abgewandert: 30,9 Prozent (2022: 28,1 Prozent)
7. Öffnungszeiten wurden eingeschränkt: 30 Prozent (2022: 23,1 Prozent)
8. Vorzeitiger Eintritt in den Ruhestand geplant: 13,8 Prozent (2022: 6,7 Prozent)
9. Geschäftsaufgabe geplant: 9,8 Prozent (2022: 7,2 Prozent)

Zeitspanne, in der die Arbeit noch erbracht werden kann

13,2 Prozent der Befragten befürchten, ihre üblichen Leistungen und Angebote höchstens noch sechs Monate erbringen zu können. Über sechs bis zwölf Monate geben 30,2 Prozent an, über ein Jahr bis zwei Jahre 21,6 Prozent, über zwei bis fünf Jahre 22,4 Prozent und über fünf Jahre 12,6 Prozent.

Zeitaufwand für bürokratische Tätigkeiten

8,2 Prozent der Befragten verwenden bis zu zwei Stunden in der Woche für bürokratische Tätigkeiten, die nicht zu den Kernaspekten ihrer freiberuflichen Tätigkeit (Dokumentationspflichten etc.) gehören. Bei 18,9 Prozent fallen über zwei bis fünf Stunden an. 30,6 Prozent beziffern diesen Aufwand auf über fünf bis zehn Stunden. Bei 30,5 Prozent schlagen über zehn bis 20 Stunden zu Buche und bei 11,8 Prozent über 20 Stunden. Im Schnitt wenden die Befragten 27 Prozent ihrer Wochenarbeitszeit dafür auf.

Über die Umfrage

Repräsentative Umfrage des Instituts für Freie Berufe (IFB) im Auftrag des BFB vom 4. Oktober bis 6. November 2023 unter knapp 1.600 Freiberuflerinnen und Freiberuflern zur Einschätzung ihrer aktuellen wirtschaftlichen Lage, der voraussichtlichen Geschäftsentwicklung in den kommenden sechs Monaten, ihrer Personalplanung und Kapazitätsauslastung. Im Sonderteil wurde der Fachkräftemangel in den Blick genommen.

Der Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB) vertritt als einziger Spitzenverband der freiberuflichen Kammern und Verbände die Interessen der Freien Berufe, darunter sowohl Selbstständige als auch Angestellte, in Deutschland. Allein die rund 1,47 Millionen selbstständigen Freiberuflerinnen und Freiberufler steuern 10,1 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Sie beschäftigen über 4,6 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – darunter ca. 129.600 Auszubildende. Die Bedeutung der Freien Berufe für Wirtschaft und Gesellschaft geht jedoch weit über ökonomische Aspekte hinaus: Die Gemeinwohlorientierung ist ein Alleinstellungsmerkmal der Freien Berufe.

Verantwortlich:
Petra Kleining
Pressesprecherin
Reinhardtstr. 34
10117 Berlin

Mobil: 0177-4265861
Telefon: 030-284444-39
Telefax: 030-284444-78
petra.kleining@freie-berufe.de

Präsidentin

VFBH – Hanauer Landstr. 152 – 60314 Frankfurt a. M.

An alle Mitgliedsorganisationen

Dr. Karin Hahne

Telefon: 069/ 97 672-597

E-Mail: info@vfbh.de

Internet: www.vfbh.de

18.03.2024

EUROPAWAHL

In Deutschland findet die Europawahl am 9. Juni 2024 statt.

Freie Berufe stehen für Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Integration.

Wir müssen in Europa eine zunehmende Tendenz von politischen Strömungen beobachten, die unsere Werte und damit die Freiberuflichkeit gefährden.

Wir können diesen Gefahren nur begegnen, wenn wir uns gemeinsam mit demokratischen Mitteln gegen diese Entwicklungen wehren.

Das ureigenste demokratische Mittel ist die Wahl.

Deshalb unser dringlicher Appell: Machen Sie von Ihrem Recht Gebrauch, die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments mitzubestimmen und so Einfluss auf ein Europa zu nehmen, das die gelebten Werte von uns Freiberuflern weiter bewahrt.

Nicht zu wählen ist die falsche Wahl!

Extremismus aus allen politischen Richtungen ist mit der Allgemeinwohlorientierung der Freien Berufe und dem Wesen der Demokratie nicht vereinbar.

Gegen Rechtsextremismus hat sich der BFB aus aktuellem Anlass im Februar zu Wort gemeldet- mit Unterstützung vieler seiner Mitgliedsorganisationen, der wir uns auch angeschlossen haben - Anlage.

Jetzt gilt es, die Verankerung von Tendenzen im Europäischen Parlament zu verhindern, die unter anderem auch die Freiberuflichkeit ins Wanken bringen könnten - Deshalb nochmals: Gehen Sie am 9. Juni bitte zur Wahl!

Dr. Karin Hahne
Präsidentin

Dr. Michael Griem
1. Vizepräsident

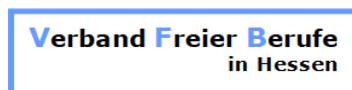
Hartmut Ruppricht
2. Vizepräsident

Dr. Michael Weidenfeld
Präsidiumsmitglied

Dr. Martin Kraushaar
Präsidiumsmitglied



Landesverband der Freien Berufe



Berlin, 2. Februar 2024

Statement des BFB und seiner Mitgliedsorganisationen angesichts der bekannt gewordenen menschenverachtenden Äußerungen rechtsextremer Kreise zu in Deutschland lebenden Mitbürgerinnen und Mitbürgern:

„Rund sechs Millionen in und für die Freien Berufe tätige Menschen sind nicht nur eine relevante Wirtschaftsgruppe, sondern auch eine Wertegemeinschaft. Wir stehen für Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Integration. Knapp ein Fünftel unserer Auszubildenden haben ausländische Wurzeln, unsere flächendeckenden Strukturen werden durch Kolleginnen und Kollegen mit einer Zuwanderungsgeschichte bereichert. Umgekehrt leisten Freiberuflerinnen und Freiberufler täglich unzählige Beiträge zu einer erfolgreichen Integration. Die bekannt gewordenen Vorstellungen einer Vertreibung ganzer Gruppen von Menschen aus Deutschland stehen unseren gelebten Werten diametral entgegen.

Unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ist unverhandelbar. Angriffen auf sie, auf ihre Institutionen und auf unser Grundgesetz müssen und werden wir uns entgegenstellen. Freiberuflerinnen und Freiberufler treten für einen pluralistischen Dialog und gegen Radikalisierung, Hass, Hetze und Antisemitismus ein. Freie Berufe sind auf eine offene freiheitliche Gesellschaft angewiesen, nur in einer solchen können sie ihre für die Gesellschaft existenziellen Aufgaben wirkungsvoll und am Gemeinwohl orientiert erfüllen.“

ΚΕΣ ΕΚΛΟΓΕΣ VAL TILL EUROPAPARLAMENTET
RI EUROPENE EUROPESE VERKIEZINGEN EUROPAWAHL
PAI VÁLASZTÁSOK ELEIÇÕES EUROPEAS
TIONS EUROPÉENNES EUROPEAN ELECTIONS
OPAWAHL ELECCIONES EUROPEAS ELECTIONS EUROPÉENNES
EZIONI EUROPEE WYBORY PARLAMENTARNE
ROPEAN ELECTIONS EVROPSKÉ VOLBY КИ ИЗБРАНИ



EUROPAWAHL

9. JUNI 2024

BFB-KURZPOSITIONEN

Präambel

Die Freien Berufe sind in Deutschland ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und gesellschaftspolitischer Stabilitätsanker in einer sich wandelnden Welt. Dass die Freien Berufe heute diese zentrale Position einnehmen, ist ihrer strikten, ja kompromisslosen Qualitätsorientierung zu verdanken. Dauerhaft gewährleistet wird dieser Fokus auf Qualität nur durch ein in sich austariertes Gesamtsystem für freiberufliches Wirken, in dem Selbstverwaltung und Berufsregeln zentrale Kernelemente sind.



Freie Berufe leisten einen entscheidenden Beitrag dazu, die (Grund)rechte und Interessen Einzelner gegenüber stärkeren Wirtschaftsakteurinnen und Wirtschaftsakteuren und gegenüber dem Staat zu schützen. Hierzu müssen berufliche Ent-

FREIE BERUFE

*Apothekerin · Architekt · Ärztin · Baumeister ·
Beratende Ingenieurin · Datenschutzbeauftragter · In-
genieurin · Innenarchitekt · IT-Expertin · Journa-
list · Künstlerin · Landschaftsarchitekt · Logopädin ·
Notar · Patentanwältin · Physiotherapeut · Prüf-
ingenieurin · Psychotherapeut · Rechtsanwältin · Renten-
berater · Restauratorin · Sachverständiger · Stadt-
planerin · Steuerberater · Tierärztin · Unternehmensberater ·
Vereidigte Buchprüferin · Vermessungsingenieur · Wirt-
schaftsprüferin · Wissensarbeiter · Yogalehrerin · Zahnarzt*

scheidungen von Angehörigen der Freien Berufe im Interesse ihrer Patientinnen, Mandanten, Klientinnen oder Kunden frei von staatlicher Beeinflussung und unabhängig von den wirtschaftlichen Interessen Dritter bleiben. Dies erfordert – in je nach Berufsbild unterschiedlicher Ausprägung – einen wirksamen Geheimnisschutz, den Schutz vor Interessenkonflikten und verbietet Weisungen staatlicher Stellen ebenso wie kommerziell motivierte Vorgaben oder eine zu starke Abhängigkeit von berufsfremden Dritten. Dieser Schutz dient den Patientinnen, Mandanten, Klientinnen und Kunden sowie den zu verteidigenden (Grund)rechten und politischen Wertentscheidungen.

Der BFB wird den Dialog mit den Mitgliedern des künftigen Europäischen Parlaments fortsetzen, um mit guten Argumenten für eine gute Politik für die Freien Berufe zu werben.

1. Freiberufliche Qualität für den europäischen Wirtschaftsstandort nutzen – Verbraucherschutz stärken

Freiberufliche und mithin unabhängige und intellektuelle Dienstleistungen sind zentrale Pfeiler des Exzellenzstandorts Europa. Qualifizierte Fachkräfte und hochqualitative Dienstleistungen stärken Europa im globalen Wettbewerb. Die hohe Dienstleistungsqualität der Freien Berufe dient unserer gesamten Gesellschaft, den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen und der Verwaltung. Sie gewährleistet eine hohe Lebensqualität in Deutschland und Europa.



Das Regulierungssystem freiberuflicher Dienstleistungen bildet die Grundlage dieser Qualität. Zudem macht die Wissensasymmetrie zwischen Dienstleistungserbringer und Dienstleistungsempfänger eine Regulierung zum Schutz der Verbraucherinnen und Patienten dringend erforderlich. Durch die Selbstverwaltung von Kammern, Körperschaften und Verbänden in den Freien Berufen werden der Patienten- und Verbraucherschutz sowie die hohe Qualität der Dienstleistungen gesichert. Daher ist die Unterstützung für die bewährten Systeme der Berufsorganisationen der Freien Berufe in den Mitgliedstaaten, welche die Einhaltung der Qualifikation durch die Berufsangehörigen überwachen, auch im Sinne des Patienten- und Verbraucherschutzes erforderlich. Aufgrund dessen bilden die Freien Berufe und ihre Berufsrechte keine Hindernisse, sondern einen bereichernden Bestandteil des Europäischen Binnenmarkts.

Die Mitglieder im künftigen Europäischen Parlament werden gebeten,

- bei der Fortentwicklung des Binnenmarkts auf qualitätsbasierte und nicht rein profitorientierte Systeme hinzuwirken;
- sich für eine europäische Gesetzgebung einzusetzen, die den vollständigen Erhalt der bestehenden Berufsrechte der Freien Berufe in Deutschland erlaubt;
- bei einschlägigen legislativen und nicht-legislativen Berichten des Europäischen Parlaments darauf zu achten, dass zwischen gerechtfertigten und nicht-gerechtfertigten Hindernissen im Europäischen Binnenmarkt unterschieden wird;
- sich dafür einzusetzen, dass Verbraucherschutz- und Binnenmarktthemen vom Europäischen Parlament weiterhin im selben Ausschuss behandelt werden;
- auf ein gemeinsames Verständnis der Freiberuflichkeit auf EU-Ebene hinzuwirken.

2. Freiberufliche Qualitätssicherungssysteme anerkennen und überbordende Bürokratie dauerhaft abbauen

Mit ihren Organisationen übernehmen die Freien Berufe Aufgaben, die sie als Expertinnen und Experten besser meistern können als Behörden. Durch die Selbstverwaltung von eigenfinanzierten Kammern, Körperschaften und Verbänden der Freien Berufe wird der Staat entlastet und seine Funktionsfähigkeit gestärkt.

Staatliche bürokratische Auflagen, welche in ihrer Zielsetzung bereits durch das System Freier Beruf abgedeckt sind, stellen eine ungerechtfertigte Doppelbelastung dar und mindern die Attraktivität des Berufsbildes.

Bereits bestehende bürokratische Auflagen sollten in der neuen Gesetzgebung, etwa durch entsprechende Ausnahmen vom Anwendungsbereich eines neuen Rechtsakts, berücksichtigt werden. Zudem sollte vor dem Erlass neuer Rechtsakte aus Sicht der Freien Berufe sichergestellt werden, dass die Umsetzung und Durchsetzung bestehender europäischer Rechtsakte im selben Bereich vollständig erfolgt ist.

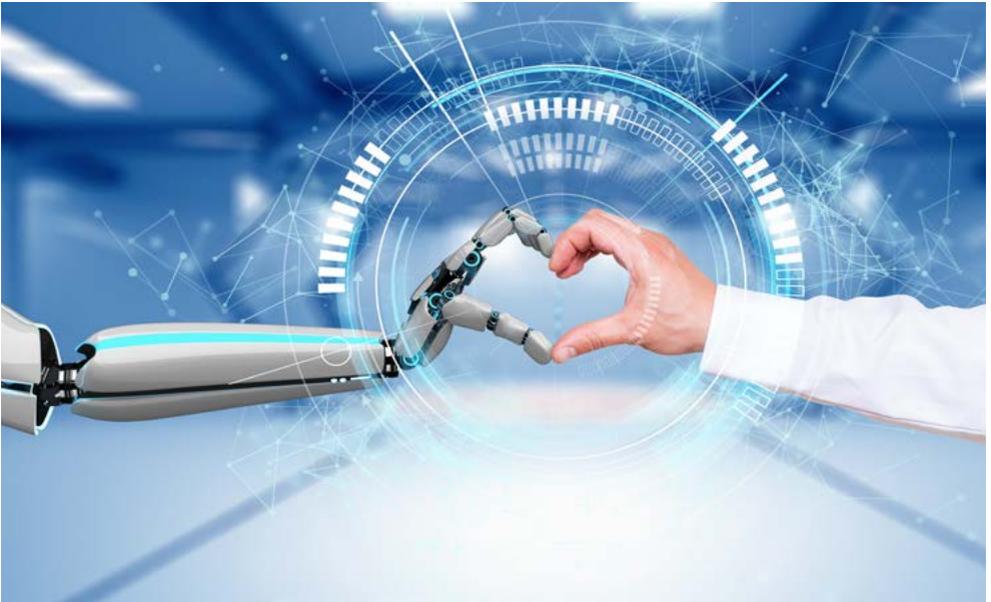
Die Freien Berufe begrüßen ausdrücklich die Bestrebungen des europäischen Gesetzgebers, bürokratische Belastungen für Unternehmen, insbesondere für KMU, abzubauen. Smarte und schlanke Regulierungen, der Abbau bestehender und die Minimierung künftiger Bürokratie sollten auch in der anstehenden Wahlperiode fest im Fokus des politischen Handelns verankert sein.

Die Mitglieder im künftigen Europäischen Parlament werden gebeten,

- den Mehrwert der eigenfinanzierten Selbstverwaltung von Kammern, Körperschaften und Verbänden der Freien Berufe anzuerkennen und in diesem Zusammenhang generell unabhängige, selbstverwaltete Einheiten innerhalb der EU zu stärken;
- dafür zu sorgen, die Berichts- oder Meldepflichten für KMU und damit auch für die Freien Berufe signifikant zu senken;
- darauf zu achten, dass bestehende Instrumente und Initiativen zur besseren Rechtssetzung – insbesondere das Subsidiaritätsprinzip, das REFIT-Programm, der KMU-Test, Smart Regulation, Wachstum durch bessere Regulierung sowie die Prinzipien „One-in, One-out“, „Once only“ und „Think Small First“ – zugunsten von Wachstum und Unternehmertum konsequent Anwendung finden;
- sich dafür einzusetzen, dass die/der KMU-Bevollmächtigte der Europäischen Kommission als Anlaufstelle für KMU und ihre Vertreter dient und sie/er mit ausreichenden Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet ist, um ihre/seine Aufgaben bewältigen zu können.

3. Datenschutz und Zukunftstechnologien: Vertrauen schaffen und Berufsgeheimnis wahren

Daten sind der Rohstoff der Zukunft. Wie bei jedem Rohstoff muss mit ihm sorgsam und nachhaltig umgegangen werden. Grundsätzlich gilt es, die informationelle Selbstbestimmung der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger zu wahren sowie dem Schutzbedürfnis der/des Einzelnen nachzukommen. Dies ist im Hinblick auf die Erschließung wirtschaftlicher Nutzungspotenziale zwingend zu berücksichtigen.



Daten bilden darüber hinaus die Grundlage für die Entwicklung und Nutzung von Zukunftstechnologien, wie insbesondere der Künstlichen Intelligenz (KI). Die Qualität der Daten spielt für die Freien Berufe eine erhebliche Rolle, ebenso wie die Transparenz der lernenden Systeme. Die hohe Qualität der Dienstleistungen ebenso wie die damit zusammenhängende höchstpersönliche Dienstleistungserbringung darf durch den Einsatz von KI nicht untergraben werden.

Die Verantwortung und mithin die Letztentscheidung bei der Erbringung von freiberuflichen Dienstleistungen muss bei den Freiberuflerinnen und Freiberuflern verbleiben. Für freiberufliche Dienstleistungen bleibt es entscheidend, dass das besondere Vertrauensverhältnis zwischen den Freiberuflerinnen und Freiberuflern und ihren Patientinnen, Mandanten, Klientinnen und Kunden gewahrt bleibt. Das Berufsgeheimnis darf weder unter dem Vorwand der Digitalisierung von Kommunikationswegen noch durch Datenübermittlungen im Rahmen von Big Data und KI ausgehöhlt werden.

Die Mitglieder im künftigen Europäischen Parlament werden gebeten,

- Datensicherheit zu gewährleisten;
- das Berufsgeheimnis auch im digitalen Wandel als Vertrauensanker zu bewahren und vor kommerziellen Eingriffen zu schützen;
- die informationelle Selbstbestimmung der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger zu wahren;
- die Qualität der Dienstleistungen zu schützen und Transparenz bei lernenden Systemen einzufordern.

4. Freie Berufe und grüne Transformation: Leistungen anerkennen und Rahmenbedingungen verbessern

Freie Berufe und deren Beschäftigte tragen maßgeblich zu einer wettbewerbsfähigen, klimaneutralen, kreislauforientierten, nachhaltigen und inklusiven EU-Wirtschaft bei, sofern in sich stimmige und verlässliche Bedingungen dafür geschaffen werden. Freie Berufe und deren Beschäftigte sind ein wesentlicher Teil der Lösung bei der Umsetzung des europäischen Grünen Deals. Zudem bieten sie Fachwissen und Lösungen für Unternehmen,

Bürgerinnen und Bürger und den öffentlichen Sektor. Der grüne Transformationsprozess hängt in hohem Maße von intelligenten und innovativen Lösungen ab. Dies unterstreicht die Bedeutung einer hochwertigen allgemeinen und beruflichen Bildung sowie einer kontinuierlichen Weiterbildung.



Die Mitglieder im künftigen Europäischen Parlament werden gebeten,

- die Leistungen der Freien Berufe in diesem Bereich und insbesondere die zusätzlich erworbenen Qualifikationen entsprechend anzuerkennen, zu würdigen und weiter zu fördern;
- Maßnahmen zum Klimaschutz so auszugestalten, dass sie für die Freien Berufe auch in der Praxis ohne vermehrte bürokratische Hürden umsetzbar sind;
- zukünftig nachvollziehbarere Anforderungen im Rahmen der Nachhaltigkeitsberichterstattung zu stellen, um die vorhandene Bereitschaft zu einer nachhaltigen Transformation nicht zu gefährden.

EUROPEAN
ELECTIONS
2024







Bundesverband
der
Freien Berufe e.V.

Herausgeber:

Bundesverband der Freien Berufe e. V.

Reinhardtstr. 34 · 10117 Berlin

Telefon: +49 30 284444-0

Fax: +49 30 284444-78

Avenue de Cortenbergh 116 · 1000 Brüssel

Tel.: +32 2 50010-50

Fax: +32 2 51210-55

E-Mail: info@freie-berufe.de



www.freie-berufe.de



[@BFB_FreieBerufe](https://twitter.com/BFB_FreieBerufe)

Stand: Januar 2024

Bildnachweise:

iStockphoto.com/BradPict, U.J. Alexander - stock.adobe.com, fotolia.com/Coloures-Pic, iStockphoto.com/AlexanderLimbach, iStockphoto.com/vchalup, iStockphoto.com/simbos